

## Ungetrübte Einigkeit über AHV-Ausbau-Initiative

### SP-Vorstand reflektiert über Urabstimmung zur AHV-Revision

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat an seiner Sitzung vom Samstag einstimmig die Ja-Parole zu der Initiative über den Ausbau von AHV und IV beschlossen. Das von der SP und den Gewerkschaften lancierte Volksbegehren kommt am 25. Juni zur Abstimmung. Ferner ging das Gremium nochmals über die Bücher der Urabstimmung zur 10. AHV-Revision und sagte Ja zu der Lockerung der Lex Friedrich.

crz. Bern, 22. April

Die Sicherung der sozialen Sicherheit ist ein Thema steter Aktualität bei der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), und derzeit rich-



«Magier» Bodenmann zog 2000 neue SP-Mitglieder aus der Urne der Urabstimmung. (Bild key)

tet sich der weitaus grösste Teil ihrer Aufmerksamkeit und ihres politischen Engagements in diesem Bereich auf die AHV. Mit der jüngsten Urabstimmung beschloss die SP-Basis (oder jenes Drittel davon, das am parteiinternen Urnengang teilnahm), das Referendum gegen die 10. AHV-Revision und die damit verbundene Erhöhung des Frauen-Rentenalters nicht zu ergreifen. Damit ist der Fall aber noch nicht erledigt. Im Gegenteil. Die 10. AHV-Revision, sie kommt am 25. Juni vors Volk, ist sozusagen der Ausgangs- oder Anknüpfungspunkt zu zwei weiteren Initiativen der SP beziehungsweise der Gewerkschaften.

#### Gefälle beheben

Die Initiative zum Ausbau von AHV und IV kommt am 25. Juni zusammen mit der 10. AHV-Revision zur Abstimmung. Wie die Basler SP-Nationalrätin Angeline Fankhauser am Samstag in Bern erläuterte, versucht das Volksbegehren, welches die SP gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) lanciert hat, den Unterschied von Arm und Reich zu entschärfen. Es sieht vor, insbesondere die kleineren Renten aufzustocken und die AHV/IV gegenüber der 2. Säule zu stärken. Eine Studie aus Freiburg belegt, sagte Frau Fankhauser, dass über 20 000 Rentnerinnen und Rentner derzeit mit weniger als 15 000 Franken pro Jahr auskommen müssten. Die SP wünscht sich für alle Betroffenen einen Mindestbetrag von 2000 Franken pro Monat.

Ein weiteres zentrales Anliegen der Initiative ist ein flexibles Rentenalter für Männer und Frauen ab dem 62. Altersjahr. Damit entsendet die SP bereits einen Vorboten zu ihren Vorstellungen über die 11. AHV-Revision. Splitting und Betreuungsgutschriften, welche der Initiativtext aus dem Jahr 1990 ebenfalls verlangt, sind in der 10. AHV-Revision bereits enthalten.

#### Zweifel aus den eigenen Reihen

Die AHV-Ausbau-Initiative ist in den Reihen der SP nicht ganz unumstritten. Da und dort war zu hören, dass die Initiative nicht zur rechten Zeit komme und daher vielleicht besser zurückgezogen werden sollte. Doch Angeline Fankhauser will sich von solchen Stimmen aus dem eigenen Lager nicht beirren lassen. Sie zitierte zahlreiche Studien und Papiere, darunter eines, welches die FDP herausgegeben hat, um die Dringlichkeit der Anliegen zu belegen, die das Begehren vertritt. Die unlängst publizierte Studie «Altern in der Schweiz» zeige ihr, dass die Ausbau-Initiative goldrichtig liege, sagte Fankhauser.

Der Grund für die Skrupel, die SP-intern gegenüber dem Begehren existieren, liegt mitunter in der Finanzierung des Modells. Doch auch zu diesem Punkt wurden Papiere hinzugezogen, die Gegenteiliges beweisen sollten. Wenn Kosten abgebaut werden müssten, sagte Fankhauser, dürfe nicht bei den Sozialleistungen begonnen werden, nicht im «reichsten Land der Welt». Als man anschliessend zur Abstimmung schritt, waren unter den Anwesenden offenbar alle Zweifel und Skrupel aus dem Weg geschafft. Die Ja-Parole wurde einstimmig beschlossen, nur eine Enthaltung trübte die völlige Übereinstimmung. Doch schon wenig später meldete sich der betreffende Votant zu Wort, um rückwirkend seine Enthaltung in ein Ja umzumünzen.

#### Die 10. AHV-Revision «auffangen»

Die Ausbau-Initiative liegt deutlich im Schatten der 10. AHV-Revision, zumal beide Vorlagen auch noch am gleichen Tag zur Abstimmung gelangen. Bei der Kampagne für die Initiative wird daher nur mit kleinem Feuer gekocht werden. Entsprechend kurz war die Diskussion darüber im Vorstand der SP. Sie erschöpfte sich beinahe in der Bemerkung von Parteisekretär André Daguét, dass man sich von bürgerlichen Rufen, die AHV sei nicht mehr zu finanzieren, nicht einschüchtern lassen wolle. Für die SP werden am 25. Juni die Weichen für die künftige AHV-Politik überhaupt gestellt. Daguét nutzte die Gelegenheit, um vor den Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Parteien für die sogenannte Auffang-Initiative der Gewerkschaften zu werben, die, wenn alles nach dem Wunsch der Initianten geht, noch vor dem 25. Juni bei der Bundeskanzlei eingereicht werden soll. Diese Initiative will rückwirkend die 10. AHV-Revision korrigieren,

indem sie den Passus über die Erhöhung des Frauenrentenalters wieder aufhebt. Es fehle noch ein letzter Effort, um die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen, sagte Daguet und rief die Anwesenden auf, sich in ihren Kantonen dafür einzusetzen. Ebenso rasch wie einstimmig beschloss der SP-Vorstand schliesslich die Ja-Parole zur Lockerung der *Lex Friedrich*.

Parteipräsident *Peter Bodenmann* blickte am Samstag mehr in die Vergangenheit als in die Zukunft. Er rekapitulierte die parteiinterne Urabstimmung über die 10. AHV-Revision und konnte dabei den Anwesenden mitteilen, dass die SP im

Zuge dieses Urnengangs 2000 Neumitglieder und 500 neue Abonnenten ihres Pressedienstes habe gewinnen können. Einstimmig nahm der SP-Vorstand vom Votum seiner Basis Kenntnis. Ferner würdigte Bodenmann den am Vortag gefällten Entschluss der FDP, den EU-Beitritt der Schweiz als Fernziel im aussenpolitischen Positionspapier der Partei festzuschreiben. In Bern kam auch der deutsche Militärexperte *Lutz Unterseher* zu Wort, der im Auftrag der SP eine Studie über die Landesverteidigung der Schweiz unter den Bedingungen der «Halbierungsinitiative» verfasste.

## Gardinenpredigt des Vorortspräsidenten

### *FDP sagt Ja zur AHV-Revision und Nein zur AHV-Initiative*

Am zweiten Tag der Delegiertenversammlung in Interlaken stimmten die Vertreter der FDP der Schweiz einstimmig einem Wirtschafts-Positionspapier zu und gaben für die AHV-Abstimmungen mit 146 gegen 2 Stimmen die Ja-Parole für die Revision und mit 144 gegen 1 die Nein-Parole zur SPS/SGB-Initiative aus. Vorortspräsident Leuenberger redete den Delegierten mit einem Grundsatzreferat ins ordnungspolitische Gewissen.

*fre. Interlaken, 22. April*

Am Samstag, dem zweiten Tag ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung im Kursaal Interlaken, konnten die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) der Schweiz zunächst einmal den Dank des Chefs des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat *Jean-Pascal Delamuraz*, für die Unterstützung des Gatt-Vertragswerkes entgegennehmen. Delamuraz seinerseits bekam von der Partei als Geschenk ein Faksimile des Gatt-Vertrages und ein T-Shirt «Monsieur Gatt» überreicht (Grösse XXL, wie dieser selber meinte).

#### Marktwirtschaftliche Sünden sind nicht Konsenstugenden

Das unter dem Motiv «Freisinn schafft und sichert Arbeitsplätze» stehende neue Positionspapier der FDP zur *Wirtschaftspolitik* wurde vom Tessiner Nationalrat *Adriano Cavadini* eingeführt und umfasst fünf Gruppen von Postulaten. Es wurde von den Delegierten mit rund 170 Stimmen ohne Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen verabschiedet.

Doch zuvor erhielt der Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort), *Andres F. Leuenberger*, das Wort zu einem Grundsatzreferat, in dem er den Politikern den Spiegel ihres Handelns vorhielt. Er warf ihnen vor, mit den Spielregeln erfolgreicher Marktwirtschaft, weil diese stets die gleichen blieben, wenig anfangen zu können. Sie zögen es vor, einzelnen Interessengruppen mit immer neuen Leistungsangeboten Vorteile zu verschaffen. Von den «Sündenfällen» der letzten Zeit nannte Leuenberger unter anderen die Fortführung des Bonny-Beschlusses, den Entwurf zum Kriegsmaterialgesetz, gesetzlich zwingende Zuschläge für die Nachtarbeit, die 442 Artikel des Lebensmittelgesetzes, die Umlagerung von Mitteln der Wissenschaftsförderung von den exakten zu den Humanwissenschaften und die ordnungspolitischen Pferdefüsse

in praktisch jeder Revitalisierungsvorlage. Man müsse sich hüten, marktwirtschaftliche Sünden zu Konsenstugenden zu erklären. Auf ein drittes, mit klaren, inhaltlichen Vorgaben versehenes Revitalisierungspaket warte die Wirtschaft noch heute.

Auch an die Adresse der eigenen Basis wandte sich Leuenberger mit der Erkenntnis, dass die Unternehmerschaft selber die Werte der marktwirtschaftlichen Ordnung nicht nur am Sonntag, sondern auch an allen Werktagen vertreten und ihren Teil dazu beisteuern müsse, dass die staatliche Wirtschaftspolitik wieder ins Lot komme. Die entscheidenden Aufgaben der nächsten Jahre seien die *Sanierung des Bundeshaushaltes* – aber ohne weitere Steuern – und die Rückführung der Staatsquote. Konsequenter lehnte Leuenberger auch die *Mutterschaftsversicherung* ab, die Anstrengungen müssten darauf gerichtet werden, die Zukunft der *bestehenden* Sozialwerke finanziell abzusichern. Weitere Postulate des Vorortspräsidenten befassten sich mit marktwirtschaftlichen Umweltschutz-Optionen, einer ausbildungs- und forschungspolitischen Strukturbereinigung (die neue Maturitätsanerkennungsverordnung schaffe nivellierende Anreizstrukturen) und eine europapolitische Entkrampfung.

Auch die Nationalräte *Gerold Bührer* (Schaffhausen) und *Peter Tschopp* (Genf) stellten sich mit ihren Referaten hinter das Wirtschaftspapier der Partei. Bührer befasste sich besonders mit den Abgaben und forderte, dass die Staatsquote von gegenwärtig über 40 Prozent wieder unter diese Marke gedrückt werde, der Anteil des Bundes von 11,6 Prozent auf 10 Prozent. Tschopp gab zu bedenken, dass es heute auch für die politischen Verantwortungsträger darum gehen müsse, die Gesamtheit der Investitionsprojekte daraufhin zu prüfen, ob sie Arbeitsplätze schafften und eine nachhaltige Entwicklung ermöglichten.

Nachdem auch Bundespräsident *Kaspar Villiger* die Delegierten darauf hingewiesen hatte, dass man nicht nur Verbesserungen beschliessen und die Finanzierung dann vertagen könne – «sozial ist längerfristig nicht, wer Sozialwerke durch unbekümmertes Aufstocken gefährdet, sondern wer sie langfristig sichert» –, verabschiedeten die Delegierten die Ja-Parole zur Revision mit 146 zu 2, die Nein-Parole zur Initiative mit 144 zu 1 Stimme.

#### **Finanzierung oder Vergiftung der AHV?**

Nationalrätin *Lili Nabholz-Haidegger* (Zürich) beantragte, zur 10. AHV-Revision die Ja- und zur SPS/SGB-Initiative die Nein-Parole herauszugeben. Das neue Splittingsystem sowie die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften seien keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Mit dem Splitting-Modell würden 5% der ledigen Frauen, 40% der verheirateten Männer, 75% der verheirateten und 80% der geschiedenen Frauen besser fahren. Die schrittweise Erhöhung des Frauenrentenalters sei zumutbar. Zum einen führe die durchschnittlich längere Rentenbezugsdauer der Frauen dazu, dass diese fast 50 Prozent länger Rente bezögen als Männer. Auf der andern Seite werde viel zu wenig beachtet, dass das tiefere Rentenalter längst nicht von allen Frauen als Privileg empfunden werde. – Die Würdigung der Initiative hingegen müsse wegen ihrer nicht zu verantwortenden finanziellen Auswirkungen zu einer klaren Ablehnung führen. Um die Kosten auszugleichen, müsste der AHV-Beitragssatz von 8,4 auf 10,4 Prozent erhöht werden.

Die Gegenposition vertrat der Berner SP-Nationalrat *Peter Vollmer*, der für die Initiative warb (und damit auch einen Freisinnigen überzeugte) sowie – anders als seine Partei – die Revision ablehnte. Die volle Rentenaltererhöhung bedinge die Schaffung von zusätzlichen 35 000 bis 40 000 Arbeitsplätzen. Es gehe auch nicht an, längst fällige Verbesserungen der Revision mit der Erhöhung des Frauenrentenalters sozusagen zu vergiften. Die Initiative bringe demgegenüber eine bessere Ausgewogenheit zwischen AHV und beruflicher Vorsorge. Ein tragfähiges und öffentliches soziales Netz verdiene nicht nur bei Ökonomen wie etwa Milton Friedman, sondern, wenn sie die ideologische Brille abzöge, auch bei der FDP mehr Unterstützung.